

Kein Platz für Rassisten, Neonazis, Hass und Gewalt Stattdessen ein Willkommen für Flüchtlinge

(Rede auf der Versammlung des BürgerBündnisses für ein gewaltfreies Halberstadt gegen den Aufmarsch der rassistischen und neonazistischen Partei „Die Rechte“ in Halberstadt am 31. Oktober 2015.)

Liebe Halberstädterinnen und Halberstädter, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir stehen heute hier, weil wir Halberstadt nicht der rassistischen und neonazistischen Partei „Die Rechte“ mit ihrem Hass und ihrer Hetze gegen Menschen, die vor Krieg, politischer Unterdrückung und Hunger geflohen sind, überlassen wollen. Wir – das sind nicht nur die im BürgerBündnis für ein gewaltfreies Halberstadt vertretenen Personen und Organisationen, vom Deutschen Gewerkschaftsbund über die Kirchen bis zum soziokulturellen Zentrum ZORA, sondern darüber hinaus ein breiter Zusammenschluß weiterer engagierter, friedliebender, demokratischer und weltoffener Halberstädter Bürgerinnen und Bürger, eine große Zahl von Vereinen, Verbänden und auch Parteien, unterstützt von vielen Frauen, Männern und vor allem Jugendlichen auch aus anderen Städten. Eine solche Solidarität ist nicht selbstverständlich. Dafür Dank.

Heute will die rassistische und neonazistische Partei „Die Rechte“ gegen Flüchtlinge hetzend durch die Domstadt marschieren. Gegründet 2012 und auch heute geführt durch Christian Worch, einen seit Ende der 1970er Jahren aktiven Neonazi, der mehrere Jahre wegen einschlägiger Delikte in Haft saß. Das Programm der Partei ist eine etwas weichgespülte Mischung aus alten DVU- und NPD-Parolen, in Teilen durchaus anschlussfähig an die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die wenigen Mitglieder und vor allem die Funktionäre dieser Partei sind fast alle fanatische und extrem gewaltbereite Rechtsextremisten mit nationalsozialistischer Ausrichtung, die Partei ein Sammelbecken für die – teilweise verbotenen – Kameradschaften.

„Mit Hakenkreuz und Kugelbombe“, so lautete genau vor einer Woche die Überschrift in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die Aushebung einer rechtsextremen Terrorgruppe in Bamberg, in der auch Mitglieder der Partei „Die Rechte“ aktiv waren. Der Ende 2014 gegründete Landesverband Sachsen-Anhalt – seit Frühjahr 2015 gibt es auch einen Kreisverband Harz – hat den heutigen Aufmarsch angemeldet und bundesweit übers Internet beworben. Er ist Teil der Kampagne für die geplante Teilnahme an der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt mit dem selbsterklärten Ziel „in den Genuß der Staatsförderung [gemeint ist die Wahlkampfkostenerstattung] zu kommen.“

Neonazi-Aktivisten aus sieben Bundesländern von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern wollen heute gegen Flüchtlinge hetzen, ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten, Hass schüren und Andersdenkenden drohen. Das ganze versteckt sich hinter einer nationalistisch-völkischen Sozialkampagne, mit neo-faschistischen Parolen, die nicht von ungefähr an alte SA-Sprüche erinnern, verbunden mit Gerüchten und Lügen über die Situation der Flüchtlinge. Die Hetze auf der Straße wird vorbereitet durch die Hetze im Internet. Was diese Parolen auf den facebook-Einträgen von „Die Rechte“ und auf den mit ihr verbundenen „Nein zum Heim“-Seiten bewirken, war in den vergangenen Wochen oft genug zu erleben. Es gab und gibt bundesweit immer mehr Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und gewaltsame Angriffe auf Geflüchtete. Und es gibt dafür immer öfter klammheimliche Bewunderung aus der Mitte der Gesellschaft. Selbst der

Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt hat in einer jüngst veröffentlichten Studie festgestellt, daß das Bürgertum seine Scheu vor rechten Extremisten verliere. Rassistische Parolen fänden zunehmend auch im Bürgertum offenes Gehör, die Grenze zwischen rechtschaffenen Bürgern und rechtsextremen Organisationen sei in Auflösung begriffen.

Und deshalb stehen wir hier heute nicht nur gegen die rassistische und neonazistische Partei „Die Rechte“, sondern auch gegen den Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft, der sich nicht nur allmontaglich in Kundgebungen gegen eine vorgebliche Islamisierung Deutschlands zeigt.

Schon Anfang des Jahres hat deshalb der evangelische Kirchenkreis, die Stadt Halberstadt, die Moses Mendelssohn Akademie und das BürgerBündnis gemeinsam die Halberstädter Erklärung „Vielfalt ist Reichtum“ veröffentlicht, in der jede Form von Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Stigmatisierung verurteilt wird und die mit den Worten endet: „Menschen die verfolgt werden und Not leiden und alle, die um Asyl bitten, heißen wir in unserer Stadt freundlich willkommen.“ Und dies gilt heute angesichts gestiegener Flüchtlingszahlen ganz genauso. Deutschland hat als Folge des Faschismus und des zweiten Weltkrieges nach 1945 an die 13 Millionen Flüchtlinge, davon etwa eine Million in Sachsen-Anhalt, in Zeiten großer wirtschaftlicher Not aufgenommen und integriert. Auch wenn das durchaus nicht immer aus Solidarität und Menschenliebe geschah, so macht es doch deutlich, daß alles heutige Gerede von „das Boot ist voll“ und „die Grenzen sind erreicht“ Wasser auf die Mühlen der rechten Hetzern und rassistischen Agitatoren ist.

Und deshalb stehen wir heute hier nicht nur gegen die rassistische und neonazistische Partei „Die Rechte“, sondern auch für die Weiterführung und den Ausbau der Willkommenskultur für alle Menschen, die vor Krieg, politischer Unterdrückung und Hunger geflohen sind.

Allerdings fehlt ein wichtiger Aspekt in der Halberstädter Erklärung „Reichtum ist Vielfalt“: Deutschland und Europa haben einen wesentlichen Anteil am Entstehen der aktuellen Flüchtlingsbewegungen. Das betrifft nicht allein den Punkt, daß Kriegsparteien in aller Welt mit Waffen aus Deutschland kämpfen. Das betrifft auch die Gründe für Menschen, die aus wirtschaftlicher Not flüchten. Sie werden hierzulande als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert, obwohl wir selbst unter anderem mit subventionierten Agrarexporten, mit dem Leerfischen der Fischgründe vor den Küsten Afrikas, mit der Ausplünderung der Natur bei der Gewinnung von Rohstoffen vom Gold bis zum Erdöl und mit dem Export von hochgiftigem Müll in außereuropäische Länder die Lebensgrundlagen der Menschen dort zerstören. Um dem ein Ende zu setzen bedarf es wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen, die Thema in anderen politischen Zusammenhängen als der heutigen Demonstration sein müssen. Allerdings darf über aller mitmenschlichen Hilfe für die Flüchtlinge der angesprochene Ursachenzusammenhang nicht vergessen werden.

Und deshalb stehen wir heute nicht nur hier gegen die rassistische und neonazistische Partei „Die Rechte“, sondern auch für eine Welt ohne Hunger, Elend, Ausbeutung, Ungleichheit, Rassismus, Gewalt und Kriege, für eine Welt, die Platz, Nahrung, Einkommen, Bildung und Kultur für alle Menschen böte, eine Welt in der niemand mehr Angst haben, niemand mehr flüchten müßte.

Der Weg dahin ist noch weit, einen kleinen Schritt gehen wir heute, in dem wir uns den Feinden einer solchen Welt, den Rassisten und Neonazis der Partei „Die Rechte“ friedlich entgegensetzen.